

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Insertionspreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,00 Mk., bei Platzvorkauf 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1,70 Mk. Restame-Kolonelle 7,50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Rüstungen für den Bürgerkrieg.

Das wahre Gesicht der Orgech. Bayrische Staatsmittel für den Bürgerkrieg.

Berlin, 11. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vorwärts veröffentlicht in mehreren Spalten Aufklärungsmaterial gegen die Orgech-Organisationen in Ostpreußen, die sich dort als Selbstschutzbünde aufgetan hat. Alles Material, das bereits durch die Freiheit über diese konterrevolutionäre Organisation veröffentlicht und vom Oberpräsidenten von Ostpreußen zum Teil bekritten worden ist, wird durch diese Veröffentlichungen reiflos bestätigt. Der Vorwärts veröffentlicht Zeitsätze, die in einem vertraulichen Rundschreiben des Hauptmanns Treu enthalten sind, über die Notwendigkeit des Selbstschutzes und seine Organisation. Es heißt darin: Der restlose Zusammenschluß von Bürgern und Bauern muß diesen Machtwillen der Allgemeinheit, den Behörden und der Regierung gegenüber zum Ausdruck bringen. Wo erforderlich, muß sich der Machtwille durch den Kopf dieses Organisationschloßes durchsetzen. Der Kopf muß dazu der unbedingten Gehorsamkeit der Gesamtheit des Blocks sicher sein. Er muß ihn geschlossen hinter sich haben. Keine Regierung, keine Behörde wird es wagen können, einem Block, der zwei Drittel der Bevölkerung umfaßt, die Erfüllung der erforderlichen Lebensbedingungen zu verweigern. Weiter veröffentlicht der Vorwärts ein vertrauliches Schreiben des Hauptmanns Treu mit dem Zeichen S. S. O., Buchnummer 77, der einen Auszug aus einem Bericht des Verbindungsobermanns in München enthält. Darin heißt es: Die E. W. Bayerns ist eine private Einrichtung und daher unabhängig von der Regierung. Ich glaube, es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß die Regierung von der E. W. abhängig ist. Ein bayrischer Landtag, der z. B. die von der E. W. angeforderten Mittel nicht bewilligt, ist undenkbar. Im Übrigen besteht ein glänzendes Zusammenarbeiten zwischen der E. W. und der bayerischen Regierung. Die Macht der E. W. ist in sich selbst begründet. Sie ist nicht abhängig von Vereinen oder Parteien, auch nicht pekuniär. Außer den in Ziffer 1 erwähnten Staatsmitteln in Höhe von 500.000 Mk. erhebt sie aus allgemeinen Sammlungen hervorgegangene Geldmittel zur Verfügung. Unter Ziffer 4 dieser Darstellung heißt es: Die Landesleitung hat das Waffenmonopol. Nach dem Gesetz dürfen Waffen haben 1. die Reichswehr, 2. die Sicherheitspolizei und 3. E. W. Die Zeitverhältnisse gehen daher mit in der E. W. auf. Aus Ziffer 1 bis 4 geht deshalb hervor, daß die E. W. unabhängig von der Regierung, Geld, Parteien, Vereinen, Politik einheitlich organisiert und im Besitze der Waffen potenzielle Macht an sich ist (Nun, das auch von uns zu erwerbende Ziel). Dieses Machtgefühl geht so weit, daß Bayern der Entente erklärt hat, die Auflösung der E. W. sei unmöglich, die Entente möchte doch selbst versuchen, die Waffen einzuziehen. Ueber die preussischen Verhältnisse sagt der Bericht dann: Eine einfache Umgestaltung der preussischen E. W. kann nicht in Frage kommen. Es muß etwas ganz Neues geschaffen werden. Erkenne aber die Regierung rechtzeitig die Gefahr, die ihr durch die über das ganze Reich sich bildende Organisation entsteht, so kann sie entweder gleich Bayern der Entente erklären, die E. W. wären nicht anzulösen, so behält sie die Macht in den Händen (bei der Schwachheit der preussischen Regierung und der Haltung des Reiches nicht zu bestreiten), oder sie fördert die Organisationen der Ortswehren in ihrem Sinn. Das wäre noch besser (das kann und muß durch die Art des Aufstehens — Schnelligkeit — verhindert werden).

Der Vorwärts bemerkt dazu: Bedarf es noch eines Beweises, daß diese ganze angelegte Selbstschutzbündelorganisation kein anderes Ziel hat, als den Sturz der heutigen preussischen Regierung und ihre Ersetzung durch Reaktionskräfte. Die vorstehenden Sätze reden eine klare Sprache. Im weiteren wird dann die Organisation des Bürgerkriegs besprochen, wobei namentlich der landwirtschaftliche Sicherungsdienst, der Kerntreue und ähnliche humane Forderungen in den Vordergrund gestellt werden. Dann heißt es: Unblutige Revolutionen wie die deutsche hat es noch nie in der Geschichte gegeben und wird es auch diesmal nicht geben. Hoffentlich sind wir dann gerüstet. Ich empfinde hierfür die Verantwortung als unabweisbar groß und möchte das den Deutschen ins Herz und Hirn einschämen.

In einer Sonderbemerkung des Hauptmanns Treu wird dann weiter ausgeführt: Die Parole wird in absehbarer Zeit lauten: Hier Arbeiter und Bauern, dort Proletariat! Der Kampf ist unausweichlich. Er wird von Unabhängigen, Kommunisten, dabei sich dann auch die Sozialisten anschließen werden. Bei der ersten Handlung oder Maßnahme der Regierung, die ihnen nicht paßt, vom Raune gebrochen. Wer die größten Vorbereitungen für den Kampf getroffen hat, wer die Mehrheit der Waffen hat, wird Sieger sein.

Die ungarische Bestialität.

Berlin, 11. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Freiheit wird aus Wien gemeldet: In Ungarn ist die Bestialität eingeschleht worden. Vor einigen Monaten wurde sie nur für die Preisdreher und Schleifhändler beschlossen. Jetzt hat die Nationalversammlung sie in einem neuen Gesetz für die politischen Verbotskreise (1) und andre Straftaten Ratifiziert. Bei der heutigen Machtlosigkeit des Proletariats richtet sich diese Strafe vor allen Dingen gegen die Arbeiter und gegen die Landarmen, die immer unruhiger werden und den Grund und Boden ansteilen wollen. Statt Agrarreform wird ihr nur der Stroh geboten. In der Lage der politischen Gefangenen wird dadurch keine große Veränderung herbeigeführt. Bisher wurden sie illegal geschlagen. Von nun an erhalten sie

gesetzliche Prügel. Wie diese Herkuten behandelt werden, erschließt daraus, daß in dem Gefängnis von Szegedin die politischen Gefangenen täglich in die Gemauerung der Stadt hinausgetrieben werden, wo man sie vor den Flugspann und sie mit Riemenpeitschen schlägt. Aus dem Interniertenlager in Zalaegerszeg schreibt der Korrespondent der Freiheit vom 5. Juli d. J. das folgende Schreiben: Lieber Genosse! Ihre Verpfehlung ist so arg, daß derjenige, der von ihr leben muß, in zwei Monaten zu Grunde geht. Vor zwei Wochen wurde vier Tage lang statt mit Essig mit Ameisensäure gekostet. Infolgedessen erkrankten 500 Internierte schwer. Genosse Molnar, der Sekretär der Landarbeitergewerkschaft, der ein sehr schwächlicher Mann war, gebraachte einem Internierten gegenüber die Ansprache Genosse. Er wurde deshalb so entsetzlich geschlagen, daß er am 12. Juni infolge der Mißhandlungen starb.

Die „christlichen“ Verteidiger des heiligen Privateigentums sind mit Erfolg bestrebt, das Land in den Stand der Barbarei zurückzuführen. Ungarn ist aus dem Kreis der zivilisierten Staaten zu streichen. Unsere deutschen Gegenrevolutionäre aber, Deutschnationalen und Deutsche Volksparteier, schenken auch für Deutschland ungarische Barbarei herbei.

Die russische Delegation bei den Friedensverhandlungen in Riga.

Berlin, 11. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Warschau wird gemeldet: Der russische Außenminister Tschitscherin hat der polnischen Regierung in einer Note mitgeteilt, daß Rußland als Mitglied seiner Delegation zur Friedenskonferenz außer Joffe als Kontrollmitglied der Sowjet-Regierung Demeter Sacharow, als Kommissar der ukrainischen Regierung Demeter Manukoff, als Finanzkommissar Leonid Obolensky entsenden wird. Außerdem wird der Friedensdelegation der russische Minister Krow beigegeben sein. Die interministerielle Kommission und der Verteidigungsausschuss beschlossen, die russischen Vorschläge bezüglich der Ukraine anzunehmen und auch den Frieden mit der Ukraine in Riga zu beraten.

Wrangels Umtriebe in Warschau.

Berlin, 11. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) General Wrangels, der Staatschef Wrangels, erklärte Pressevertretern, er werde in Warschau bleiben und alle bolschewistischen Bestrebungen zu einer gemeinsamen Bekämpfung des Bolschewismus zusammenfassen. Das Hauptziel Wrangels sei, das Land von den Bolschewisten zu befreien und dann die verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die über die Regierungsform beraten solle. Wrangels provisorische Regierung besteht aus Armojewitsch als Premierminister und Professor Struwo als Außenminister.

Der Kampf in Italien.

Mailand, 10. September. (U.) In Genua und Turin sind Truppen zusammengezogen worden, um einzuziehen; da es scheint, daß die Arbeiter Gewalt anwenden wollen. In ganz Ligurien ruht die Arbeit. In Genua versuchten die Arbeiter durchzuführen, daß kein Schiff den Hafen verläßt; sie hatten aber keinen Erfolg.

Rom, 10. September. (U.) Die Stadt Sestri Ponente wurde von Truppen besetzt, da die Arbeiter sich aller Lebensmittelmagazine bemächtigen wollen. In verschiedenen anderen Städten ist es zu schweren Zusammenstößen gekommen. Die Grubenarbeiter haben sich den Metallarbeitern angeschlossen. Auf der West von Livorno stehen die Arbeiter eigenmächtig einen Torpedobootsgeräucher vom Stapel unter Hochrufen auf den Sozialismus. Ueber die Lombardie wurde der Belagerungsstand verhängt.

Rom, 10. September. Wie der Messagero aus Genua meldet, haben Unbekannte im Hafen das russische Schiff Kodofo befestigt und sind damit in unbekannter Richtung abgefahren.

Bevorstehende Einigung in Italien?

Rom, 10. September. Wie die Tribuna erfährt, ist anscheinend über die wirtschaftliche Seite der Metallarbeiterfrage eine Einigung erzielt worden. Es handelte sich nunmehr darum, eine Formel zu finden, die die beiden Parteien befriedige. Das Blatt fügt hinzu, es habe Grund zu der Annahme, daß trotz der verwickelten Lage die Schwierigkeiten überwunden werden und heute abend oder morgen der Streik als beendet angesehen werden könne.

Giolitti bemüht sich um Beilegung des Konflikts.

Paris, 9. September. Wie Information aus Rom meldet, ist es dem Arbeitsminister Labriola nicht gelungen, eine Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern herbeizuführen. Ministerpräsident Giolitti hat deshalb persönlich eingegriffen und den Präsidenten von Turin und Mailand die Beilegung geboten sich mit den Vertretern der Arbeiter und der Industriellen in Verbindung zu setzen und ihnen bestimmte Pläne, über die nötigen Stilllegungen gewahrt wird, zu unterbreiten.

Landesversammlung der U. S. P. Sachsens.

Am Sonntag tritt im Volkshaus in Leipzig die diesjährige Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zusammen, deren Dauer auf zwei Tage berechnet ist. Die Zeit, in die sie fällt, gibt ihr eine erhöhte Bedeutung. Handelt es sich doch nicht bloß darum, eine Aussprache und Verständigung über die Tätigkeit und die Zukunft der sächsischen Parteiorganisation herbeizuführen. Der Gärungsprozess, in dem sich die Gesamtpartei seit einigen Jahren, und besonders nach der Revolution befindet, hat die rein organisatorischen Fragen stark in den Hintergrund gedrängt. Durch die politischen Umwälzungen, die teilweise einer katastrophalen Charakter annahm, wurde die Partei zur Aktivität gedrängt zu einer Zeit, wo das organisatorische Gefüge an sich stark gelockert war und infolge der während des Kriegs eingetretenen Spaltung der Bruderpartei in der Arbeiterklasse tobt. Dieser letzte Umstand, sowie die Tatsache, daß das spontane Wachstum der Partei infolge der ständig wechselnden politischen Situationen, die die ganze Wachsamkeit der führenden Genossen ständig in Anspruch nahmen, nicht Hand in Hand gehen konnte mit einer systematischen Ausklärung und Schulung der neugewonnenen Anhänger, brachte es mit sich, daß sich eine gewisse Unsicherheit in den eigenen Reihen bemerkbar machte. Für jeden durch tieferelegende in den ökonomischen Bedingungen der Revolution wurzelnden Rückschlag der historischen Entwicklung suchte man die Ursachen in den Fehlern der eignen Partei oder deren Führer. Die Frage der Taktik hing an, fast ausschließlich die Parteibildung zu beherrschen. Taktische Fragen sind es auch, die auf der diesjährigen sächsischen Landesversammlung im Vordergrund stehen werden. Deshalb ist die Tagung nicht nur bedeutsam für die sächsische, sondern auch für die weitere Entwicklung der gesamten deutschen Partei.

Aus der Tagesordnung ist das nicht ohne Weiteres ersichtlich. Der Bericht des Landesvorstandes über die Organisation und die Reichstagswahl, der Bericht der Volkstammesfraktion und Aufstellung der Kandidaten tragen äußerlich einen rein geschäftlichen Charakter. Sie lehren seit Jahrzehnten auf jeder Tagesordnung wieder und wurden trotz aller Kritik meist ohne besondere Aufregung erledigt. Diesmal dürfte es auch hier schon zu heftigen Auseinandersetzungen kommen, da es gar nicht möglich ist, bei den Erörterungen über die Aktionen der Partei und den Parlamentarismus die Moskauer Bedingungen unberührt zu lassen. Noch viel weniger wird das dem Genossen Hliferding möglich sein, der über die politische Situation im Reich und die Organisation der U.S.P. im Reich sprechen soll. Aber es liegt auch gar kein Grund vor, in Leipzig einer Aussprache und Entscheidung über das Moskauer Diktat auszuweichen. Im Gegenteil. Nach der Entwicklung der Parteiverhältnisse im Reich wird es für die Leipziger Tagung geradezu eine Pflicht, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Eine endgültige Entscheidung über die Haltung der Partei gegenüber Moskau muß freilich dem Deutschen Parteitag vorbehalten bleiben. Aber da eine ganze Reihe von Bezirken und Landesorganisationen bereits den Versuch gemacht haben und noch machen, durch Beschlüsse die endgültige Entscheidung zu beeinflussen, wäre es angesichts der Bedeutung Sachsens und ihrer Arbeiterbevölkerung für die Gesamtpartei eine verhängnisvolle Unterlassung, wenn diese Landesversammlung darauf verzichtete, ihre Meinung in dieser Frage klar zum Ausdruck zu bringen.

Das steht natürlich auch eine gründliche Aussprache voraus. Die Diskussion in einzelnen Bezirken hat gezeigt, wie tiefgehend die Meinungsverschiedenheiten über die einschlägigen Richtung in der Partei sind. Die Partei befindet sich in einer schweren Krise und die heftigen, leider öfter mehr durch persönliche Unzulänglichkeit als durch sachliche Schärfe ausgezeichneten Debatten haben bei den politischen Gegnern bereits die Hoffnung auf eine Spaltung oder einen Zerfall unserer Partei erweckt. Der Ernst der Situation macht es den in Leipzig versammelten Vertretern zur Pflicht, alle derartigen Hoffnungen zu zerstreuen. Wir haben keine Veranlassung, einer scharfen Kritik auszuweichen. Im Gegenteil. Nur durch eine rückichtslose Aussprache über etwaige Fehler kann die für eine politische Partei dringend notwendige Klärung herbeigeführt werden. Aber diese Kritik muß stets ausgehen von dem Bestreben, das Beste für die Gesamtheit zu tun. Mögen sich die Delegierten von diesem Streben leiten lassen. Auf die Leipziger Tagung bilden nicht bloß die Parteigenossen Sachsens, die von der Landesversammlung neue Anregungen erwarten, sondern die Arbeiter ganz Deutschlands und darüber hinaus, für die es nicht unmaßgeblich ist, welche Stellung sie vermöge ihrer